

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Georg Schmid, Renate Dodell, Joachim Unterländer, Dr. Thomas Zimmermann**, Annemarie Biechl, Gudrun Brendel-Fischer, Hermann Imhof, Christa Matschl, Ingeborg Pongratz, Martin Sailer, Berta Schmid, Sylvia Stierstorfer, Peter Winter und **Fraktion CSU**

Sicherung einer bedarfsgerechten Krankenhausversorgung

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich im Bundesrat dafür einzusetzen, dass den Krankenhäusern eine Refinanzierung der tariflichen Personalkostensteigerungen ermöglicht und der im Rahmen des GKV-WSG eingeführte Sanierungsbeitrag abgeschafft wird.

Begründung:

Die Bemühungen, die Beitragssätze der Gesetzlichen Krankenversicherung zu stabilisieren, dürfen die Krankenhäuser nicht in ernstzunehmende, finanzielle Schwierigkeiten bringen. Die deutliche Steigerung der Personalkosten durch die neuen Tarifverträge im öffentlichen Dienst kann von den Krankenhäusern nicht mehr refinanziert werden. Die Folge wäre ein weiterer massiver Personalabbau in den Krankenhäusern, der die Patientenversorgung beeinträchtigt. Das Vergütungsrecht muss daher die Möglichkeit schaffen, diese Kostensteigerung zusätzlich zu berücksichtigen.

Zur Stabilisierung der Krankenkassenbeiträge wurde im Rahmen des GKV-WSG auch den Krankenhäusern ein Sanierungsbeitrag abverlangt. Die Krankenhäuser haben damit in den Jahren 2007 und 2008 ihren Beitrag zur Ausgabenstabilisierung geleistet. Eine weitere Belastung ist nicht mehr tragbar. Der Sanierungsbeitrag, insbesondere der pauschale Rechnungsabzug von 0,5 Prozent, ist abzuschaffen.